

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 33.

Leipzig, den 15. August.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Volrath Windmühlentr. 14. Für Dresden Filialredaktion F. W. Grellmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Volksversammlung in Wien. — Eine Mahnung. — Der Arbeitertag in Nürnberg und die national-liberale Partei. — Programm der Internationalen Arbeiter-Associationen. — Aus England. — Vermischtes.

Politische Uebersicht.

Aus München, den 10. August wird uns geschrieben: Das preussische Regiment wurde in letzterer Zeit von beachtenswerthen moralischen Schlägen getroffen, über welche man in Berlin selbst nicht recht erbaut zu sein scheint. Die Nachhaber an der Spree können zum Theil die Lehre daraus gezogen haben, daß es heutzutage nicht bloßer militärischer Siege bedarf, um Macht und Ansehen zu bewahren, sondern daß hierzu noch ein bedeutendes Moment: die Uebereinstimmung des Volkes kommen muß. Militärische Siege mögen einen augenblicklichen Erfolg haben, die Gewalt mag triumphiren, aber auf die Dauer vermag das Erreichte nicht nachzuhaltend, sobald das Volk sich in Mißstimmung über die bestehenden Zustände befindet. Nun ist es eine allbekannte Sache, daß, abgesehen von einem großen Theile Ostpreußens, insbesondere die annektirten Bevölkerungen mit ihrer Lage höchst unzufrieden sind. Auf dem Wiener Schützenfeste konnte diese Unzufriedenheit deutlich genug erkannt werden. Gerade dieses Schützenfest war es aber auch, auf welchem das deutsche Volk ein lautes in ganz Europa vernehmliches Verdikt gegen die preussische Politik fällte, gegen jene Politik der Gewalt, welche die politische Persönlichkeit einzelner deutscher Stämme ganz untergraben, einen deutschen Stamm, die Deutsch-Oesterreicher, aus dem politischen Verbande Deutschlands gerissen und dem Volke die Freiheit bis zur Stunde vorenthalten hat. Dieses Verdammungsurtheil von Seite des Volkes ist eine Niederlage, die vielleicht manchen preussischen Sieg aufwiegt. Man fühlte in Berlin diesen Schlag sehr wohl, und deswegen wurde Alles aufgeboten, um den Eindruck und die Bedeutung des Wiener Schützenfestes zu verringern, ein Beweis wie sehr die von der Donau abgeschossenen Pfeile den wunden Fleck getroffen haben. Man signalisirte von Berlin aus sogar ein österreichisch-preussisches Bündniß, an dem selbstverständlich kein wahres Wort ist, und wollte damit offenbar nicht nur die eigene Isolirung bemänteln, sondern insbesondere den Süddeutschen Mißtrauen gegen Oesterreich einslösen. Derlei plumbe Manöver verfehlen natürlich ihre Wirkung gänzlich und können nur den Urhebern nachtheilig werden.

„Die Usedom'sche Depesche, deren Kenntniß wir dem General Lamarmora verdanken, war der zweite gewichtige Schlag, der auf das stolze Haupt des Grafen Bismarck herabfuhr. Kein Mensch zweifelt jetzt daran, daß nicht nur Italien, sondern auch Frankreich in Mitleidenschaft gezogen war, um Deutschland zu zersplittern und die Hohenzollern'sche Militarmonarchie zu ermöglichen. Umstände, die nicht von Preußen abhängig waren, verhinderten allerdings ganz oder theilweise die Gewinnung des aus deutschem Gebiete bestehenden Preises, der dem Auslande für die Unterstützung der Bismarck'schen Pläne zugesagt war, allein in diesem Falle ist der Wille eben so schlimm und verdammungswerth wie das Werk. Und dasselbe Preußen, das Deutschland zu verrathen sich unterstanden hat, will an der Spitze jenes Theiles marschiren, der vom früheren Deutschland noch übrig geblieben!

„Es müßte ein äußerst verkommenes Volk sein, das dem Verräther als Lohn noch die Führerschaft zugestehen wollte.

„Für so verkommen halten wir das deutsche Volk nicht. Es muß zwar zur Zeit dulden, daß die Urheber der Politik des Jahres 1866 auch die Früchte derselben ernten, aber es ist nicht damit einverstanden, daß dieß für ewige Zeiten geschehe und giebt sich daher Mühe, die Gewalt vom Throne zu entfernen. Wahr soll noch der schöne Schützenspruch werden: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern.“

„So lange aber die Berliner Politik nicht von Grund aus umgestaltet wird, kann dieß nicht geschehen, denn wollten wir uns dieser unterwerfen, so wären wir ein einig Volk von Knechten, nicht aber von Brüdern!“

Der Hieb hat gefesselt: die Lamarmora'sche „Perfidie“, wie das Leibblatt Bismarck's die Veröffentlichung der Note Usedom's nennt, hat das offiziöse und offizielle Preusenthum „ins Herz getroffen“. In der ersten Verwirrung stammelte der amtliche „Staatsanzeiger“ ein Dementi hervor, welches nur das Eine bewies, daß es in Berlin Leute giebt, die sich der 1866er Absichten schämen, und das die sehr natürliche Folge hatte, diejenigen, welche sich nicht schämen, auf das äußerste zu erbittern. General Roltke und Graf Bismarck bestanden auf einer Genugthuung, und so blieb dem armen „Staatsanzeiger“ schließlich nichts anderes übrig, als in einem zweiten „Mitgetheilt“ sich selber zu dementiren. Dazwischen das Geschimpfe der offiziösen Blätter auf den „Verräther“ Lamarmora. Die komische Rolle in dieser schmachvollen Angelegenheit ist, wie gewöhnlich, den Nationalliberalen zugewallen, die vor dem ersten Dementi des „Staatsanzeigers“ die Usedom'sche Note als neuen Beweis der „Genialität“ und der „Freiheitsliebe“

ihres Varziner Gößen bejubelten, nach Erscheinen dieses Dementis ihrem Jubel realpolitische Schranken setzten, und ihn wieder lustig hervorbrehen ließen, sobald das zweite Dementi das Licht erblickt hatte.

In der Usedom'schen Note kommt bekanntlich ein Passus vor, also lautend: Oesterreichs Macht muß vernichtet werden, „um die unangenehme Möglichkeit zu vermeiden, welche früher oder später die Verbündeten zur Wiederaufnahme ihres Werkes nöthigen würde.“ Leider wurde aus der „Vernichtung“ nichts, und „früher oder später“ ist demnach die „Wiederaufnahme des Werkes“ nöthig. Wenn die „Neue Freie Presse“ gut unterrichtet ist, hätte Graf Usedom vor etwa einem Monat aus Berlin eine Instruktion empfangen, des Inhalts, daß jetzt die Zeit gekommen sei, das im Jahr 1866 Versäumte nachzuholen. Man scheint jedoch in Florenz nicht ebenso zu denken; wenigstens klingt es nicht sehr günstig für die preussischen Allianzgelüste, daß Graf Usedom um einen längeren Urlaub nachgesucht hat, und daß der italienische Kronprinz auf seiner Rundreise durch Deutschland den König von Preußen und dessen Familien-Angehörige auf das Studirteste vermeidet.

Witterweile haben die Gegner des Grafen Bismarck am preussischen Hof dessen Abwesenheit und Invalidität zu einem kleinen, durch die Usedom'sche Note erleichterten Staatsstreich benutzt, und die Ernennung des Generals von Manteuffel zum Corpskommandanten an Stelle Vogel's von Falkenstein durchgeführt. Um die Bedeutung der Nachricht abzuwägen, muß man bedenken, daß dieser Manteuffel während vieler Jahre der Chef des Militärkabinetts des Königs war und als solcher häufig die Pläne des Grafen Bismarck durchkreuzte, bis er von diesem entfernt ward. Er ist Kreuzzeitungsmann durch und durch, und schwärmt für eine reaktionäre Allianz Preußens und Oesterreichs. Bedeutsam ist ferner, daß der Vetter des Generals, der berühmte Gyzminister Manteuffel, nach langem Verschollensein wieder auftaucht. Wir glauben nicht, daß der Rücktritt Bismarck's nahe bevorsteht; allein so viel ist gewiß: wenn ein Systemwechsel in Preußen geboten wäre, würden nicht die Herren Rationalliberalen, sondern die legitimistisch-feudalen Junker das Ruder erlangen, und so das famose Wort: Haben wir die Einheit, dann kommt die Freiheit, von selbst, prächtig illustriert werden.

Man spricht davon, die preussische Regierung wolle den Landtag schon im September berufen. Wie man der „Deutschen Volkszeitung“ versichert, hängt dieses Gerücht mit der Absicht zusammen, den 25 Prozent-Zuschlag zur Einkommensteuer, Klassensteuer und Schlacht- und Mahlsteuer wieder einzuführen. Derselbe würde ein Mehr von 5,400,000 Thlr. abwerfen und zur Noth ausreichen, das Gleichgewicht im Staatshaushaltsetat für 1869 aufrecht zu erhalten. Der zuletzt 1859 während des italienischen Krieges eingeführte 25 Prozent-Zuschlag wurde bekanntlich von 1. Juli 1862 ab nicht mehr erhoben; Herr v. d. Heydt wollte bei seinem damaligen Eintritt in das Finanzministerium der Welt beweisen, daß die Militär-Reorganisation auch ohne außerordentlichen Steuerzuschlag sich aufrecht erhalten lasse. Er ahnte die „neueste Aera“ nicht.

Ein Wunder hat sich ereignet. In einer Anwendung von Unabhängigkeitsgefühl (über die der Urheber der „Taschenverfassung“ nicht wenig erstaunt gewesen sein wird) hat der „Norddeutsche Bundesrath“ den Antrag des Bundespräsidiums auf sofortige Erhebung von Matrikularbeiträgen zur Deckung des Defizits abgelehnt. Sämmtliche Kleinstaaten stimmten gegen die Präsidialmacht Preußen, die auf diese Weise in optima forma majorisirt ward. Kein Zweifel, die Furcht vor dem schwarzweißen „Buzemann“ fängt an abzunehmen. Oderint dum metuant, sagte der römische Despot. Sie mögen mich

hassen, wenn sie nur Furcht vor mir haben. Es ist schlimm für Bismarck, daß sich die Furcht vor ihm verliert.

General Moltke macht mit seinem Generalstab eine militärische — Vergnügungstour; die Stieber und Greife floriren, die Ostpreußen hungern, und die Berliner thun desgleichen, wie unter Andern aus dem Jahresbericht der Exekutionskommission des Magistrats erhellt. Nach demselben sind an diese Behörde 1867 nicht weniger als 58,782 Exekutionsaufträge, communale Leistungen betreffend, gelangt, wovon 15,97 pCt. durch die Erklärung, daß eine Exekution fruchtlos bleiben werde, über Erledigung fanden. Gegen das Vorjahr 1866 hat eine Vermehrung der Exekutionsaufträge stattgefunden bei den Gewerbesteuerbeiträgen um 16,57 pCt., den Armen-Schulbeiträgen um 9,34 pCt., den Requisitionsfachen um 17,49 pCt., den Schulverschumnüßstrafen um 22,99 pCt. Die Zahlen sind beredt.

Der Wahlverein der Fortschrittspartei hat ein Circular an die Vertrauensmänner geschickt, in welchem er sie zu „energischer“ Thätigkeit in der Kirchen- und Schulfrage auffordert, und — charakteristisch für diese Woch-mir-den-Belg-und-mach-mich-nicht-nach-Politiker — vom Massenaustritt aus der Kirche, d. h. dem einzigen „energischen“, von der „Zukunft“ angerathenen Schritt „energisch“ abmahnt! Die Leuten sollten doch endlich einsehen, daß die Zeit den Männern gehört, nicht den alten Weibern. —

Mit dem Verlauf der Wiener demokratischen Volksversammlung sind manche unserer Freunde nicht zufrieden und es regnet gegenseitige Vorwürfe. Wir wollen nicht verbittern, wo Eintracht noth thut. Nur so viel sei für heute bemerkt: die Wiener Arbeiter haben nichts verlangt, was mit den demokratischen Prinzipien im Widerspruch stünde; die soziale Frage ist nicht zu trennen von der politischen Frage, und sie hat gleich dieser einen internationalen Charakter. Daß Bismarck'sche Agenten die Wiener Arbeiter zu verführen suchen ist eben so gewiß, als daß ihre Bemühungen fruchtlos geblieben sind.

Ein Arbeiterverbrüderungsfest, das auf den 6. September in Wien anberaumt war, ist von der österreichischen Regierung verboten worden, — ein häßlicher Nachklang des Schützenfestes, und ein neuer Beweis dafür, daß der bürgerliche Liberalismus, wenn er die kindische Angst vor dem „rothen Gespenst“ nicht ablegt, stets reaktionär werden muß.

Der ungarische Reichstag hat den Wehrgesetzentwurf mit großer Mehrheit angenommen.

In Frankreich hat Napoleon wieder einmal gesprochen. Der „Schweigsame“ liebt es mitunter zu sprechen, und er hat das Talleyrand'sche Wort: „die Sprache ist uns nur gegeben, um unsere Gedanken zu verbergen“, so verstanden, daß wenn er seine Gedanken verbergen will, er stets das Gegentheil dessen sagt, was er denkt. Diesmal redete er im Sinne des Friedens, und zwar geschah dies in der guten Stadt Troyes auf der Rückreise von Plombières. Die kaiserlichen Worte lauteten: „Ich habe nicht nach Troyes kommen wollen, ohne einen Augenblick zu verweilen, um der Bevölkerung der Champagne, welche von so patriotischen Gefühlen erfüllt ist, einen Beweis meiner lebhaften Sympathien zu geben. Ich habe im letzten Jahre mit Freuden wahrgenommen, welche Fortschritte in der Industrie Ihres Departements stattgefunden haben. Ich fordere Sie auf, Ihre erfolgreichen Bestrebungen fortzusetzen, da der Friede Europa's heute von nichts bedroht ist. Haben Sie Vertrauen in die Zukunft und vergessen Sie nicht, daß Gott Frankreich beschützt.“ Frankreich hat es in der That nöthig, von Gott beschützt zu werden, sonst geht es zu Grunde an — Napoleon und dem Cafariismus. Daß der Kaiser gerade diesen Moment zu einer friedlichen Kundgebung

ausersehen hat, findet nach der „Frankfurter Zeitung“ seine Erklärung in dem Umstand, daß die neue französische Anleihe plazirt werden muß.

Auch in Oesterreich hat der „leitende Staatsmann“, Hr. v. Beust, das Schützenfest zur Absingung einer Friedenshymne benutzt, und trotzdem schwirren Kriegsgerüchte aller Art durch die Luft, trotzdem will Niemand an die Fortdauer des Status quo in Europa glauben.

Mazzini hat abermals ein Manifest erlassen. Er rath den Italienern im Innern aufzuräumen, ehe sie ihre Kräfte nach Außen richten. Unter Anderm sagt er:

„Der letzte so heroische Anschlag auf Rom konnte nicht gelingen. Die in der Provinz begonnene Bewegung — ich habe es Euch gesagt, aber Ihr habt nicht auf mich gehört — mußte unfehlbar die Erhebung Roms unmöglich machen und sofort die fremde Intervention nach sich ziehen. Man hätte vielmehr vorsichtig alle Angriffsmittel in Rom vereinigen und von Rom aus das Signal geben müssen. Gegenwärtig unterlag sich nach den traurigen Folgen des letzten Anschlags auch dies Verfahren von selbst. Die Aufgabe muß anders gestellt werden. Aus den Städten Italiens muß die Befreiung Roms kommen. Dieses Unternehmen darf nicht mehr das Unternehmen einer Partei, es muß das Unternehmen der Nation sein. Man hoffe nicht mehr zu siegen, indem man die Freiwilligen aus allen Lagern aushebt und ohne Operationsbasis vorgeht. Ihr werdet unnütz kostbare Menschenleben verlieren. Seid fest gegen jede Aufreizung, taug gegen jeden Ruf, der in diesem Sinne an Euch gerichtet wird. Es wäre sträflich, wenn Ihr nachgäbet. Ihr würdet die Aktion, Eure Eitelkeit, Euern Ruhm über Rom, über Italien stellen. Ihr sollt bereit sein zu sterben, wenn es nöthig ist, aber zu sterben, den Sieg in der Hand. Herrin ihrer Geschicke, von entschlossenen und ehrlichen Männern geführt, kann die Nation allein Rom und die Freiheit erringen und ohne Furcht allen Folgen ihrer Initiative entgegensehen.“

Die Spanische Regierung hat an die Gouverneure der Provinzen ein „vertrauliches Circular“ gerichtet, worin sie denselben empfiehlt, ihre Stütze in den Bürgergarden und dem Landsturm zu suchen, da, wie das Circular zu verstehen gibt, das stehende Heer wenig Vertrauen einflöße. Es muß weit gekommen sein, daß die Regierung sich auf das Volk stützen will, dessen Haß sie in so reichlichem Maße sich erworben und verdient hat. Das Volk wird wissen, was ihm frommt.

Am Mittwoch wurde die vorletzte Nummer des Demokr. Wochenblattes (Nr. 31) auf Veranlassung des Herzogs von Coburg wegen einiger Bemerkungen über den Zander'schen Prozeß (betreffend die Haltung des Herzogs in der Schlacht von Langensalza) nachträglich mit Beschlag belegt. Auch soll dieselbige erlauchte Persönlichkeit gegen den Redakteur dieses Blattes eine Klage anhängig gemacht haben. Letzteres wäre jedenfalls sehr zu wünschen, da es nur nützlich sein kann, daß die militärischen und sonstigen Eigenschaften des Herzogs von Coburg möglichst gründlich beleuchtet werden.

Am Sonntag erhielt der Vorsitzende des Vororts der Arbeitervereine telegraphisch aus Neuenburg die Nachricht, daß die dort am 9. u. 10. August tagende Delegirtenversammlung von 50 deutschen Arbeiter-Bildungsvereinen der Schweiz beschlossen habe, sich der Internationalen Arbeiter-Association anzuschließen. Unterzeichnet war das Programm vom Centralpräsidenten Luid. Die deutschen Arbeiter-Vereine werden hinter den Brudervereinen der Schweiz nicht zurück bleiben, das wird Nürnberg beweisen. —

Der Gplinger Arbeiter-Bildungs-Verein (Württemberg) hat mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, die „schwäbische Volkszeitung“ (Organ der dortigen Nationalliberalen), welche dem Verein bisher unentgeltlich zukam, „als unwürdig im Vereinslocal noch aufzuliegen“ zurückzuweisen, weil sie den

Arbeiterstand beschimpft und mehrere Ehrenmitglieder des Vereins auf ganz ordinäre Weise verdächtigt hat. (Schimpfen und Verdächtigen sind die beiden Eigenschaften, durch die sich die national-liberale Presse allerwärts in Deutschland auszeichnet. Anm. d. Red.).

Volkerversammlung in Wien

(am 2. August).

(Schluß.)

Darauf folgt bei großem Lärm und Drängen Freese aus Stuttgart:

„Man beklagt sich, daß die soziale Frage nicht diskutirt werden solle. Ja, ist denn beispielsweise das Konkordat keine soziale Frage? Ist es nicht eine soziale Frage, ob unser Geld zu Militärzwecken oder zu Bildungszwecken verwendet wird, ob unsere Söhne fünf oder drei, oder weniger Jahre bei der Fahne dienen? Das ist ja der Anfang der sozialen Frage. (Stürmischer Beifall.) Der Herr Angerstein möge wissen, daß so lange es in Deutschland eine Militärfrage giebt, so lange auch Alles über die soziale Frage in den Wind gesprochen ist. (Großer Beifall.) — So, meine Herren, jetzt scheinen wir einig zu sein (Beifallssturm), und meine Freunde unter den Arbeitern werden mit mir übereinstimmen, daß sie mit uns zusammengehen, uns unterstützen sollen. Sozialisten und Demokraten, einigen wir uns vor Allem dafür, daß wir doch zuerst ein Vaterland haben wollen. — Wenn vor dem Jahre 1848 Jemand von Wien nach Berlin gekommen wäre und in einer Volksversammlung vor Metternich gewarnt hätte, so wären wir ihm sehr dankbar gewesen; wenn nun ein Mann von Norden kommt und vor Bismarck warnt, so ist das ein gut deutsches Wort, daß Ihr gut aufnehmen müßt. (Beifallssturm.) — Ihr sagt, Ihr habt sehr viel mit Euch zu thun. Und ich sage Euch, Ihr könnt Eueren Freiheitsbau nicht vollenden, wenn Ihr nicht zu Deutschland steht, wenn Ihr nicht den Cäsarismus bekämpft, wenn Ihr Süddeutschland nicht helft, sich vor ihm zu retten. Ihr spürt die Bismarckerei bis in Euer Innerstes, an der Unterlügung, die die Czeken, die die Schwarzen an Preußen finden. Und seit ein paar Tagen ist es klar geworden, durch das schändliche Schriftstück, welches die Usedom'sche Note heißt, daß es in Berlin deutschredende Leute giebt, die gegen dieses herrliche östereichische, deutsche Land alle Horden von den Abruzzen bis zu den Karpathen in Bewegung setzen. (Beifallssturm.) — Man betreibt hier eine unrichtige Politik, wenn Ihr Reichsrath und Ihr Ministerium der Ansicht bleiben, daß das, was in Süddeutschland in Bezug auf die Verpreußung geschieht, zwar für Oesterreich sehr unangenehm sei, daß man aber doch nichts thun könne. Die erste Stunde der Verpreußung Süddeutschlands ist zugleich die letzte Stunde Eurer bürgerlichen Freiheit. Denn der übermächtig gewordene Nachbar wird es sich nicht gefallen lassen, daß hier Bürgerstaat gespielt werde, während bei ihm der militärische Absolutismus herrscht, und bald würde es weder Pressefreiheit noch Vereinsrecht geben, und glauben Sie, Herr Angerstein, daß Sie dann über die soziale Frage sprechen könnten? — Nie hat ein Freiheitskampf dem Vaterlande den Rücken gekehrt, ohne daran zu Grunde zu gehen. Das haben wir in Preußen gesehen. Zum ersten Male bietet sich in der Geschichte das Schauspiel, daß das Volk in einem glänzend sieghaften Staate so viel leidet, wie in den besiegten Ländern. Weder in politischer, noch in materieller, noch auch, ich bitte, Herr Angerstein, in sozialer Beziehung ist eine Erleichterung vorhanden. — Meine Herren Oesterreicher! Gins tritt mir hier auf Schritt und Tritt erkältend entgegen. Sie haben kein Selbstvertrauen. Wenn man einzeln mit Ihnen spricht, so ist's, als ob Sie erst erwachten, als ob Sie nicht glaubten, daß Sie wirklich auf diesem schönen Freiheitsboden sich befinden und doch ist es so haben Sie nur Vertrauen. Zeigen wir in dem Freiheitskampfe, daß wir ein wirklich Volk von Brüdern, ein Volk von Männern sind.“ (Lange andauernder Jubel und Beifallssturm.)

Angerstein ergriff jetzt das Wort.

Lange Zeit, rief er u. A., hätte man das Volk in Preußen mit den Worten geködert: „Wir stehen auf der Wacht für Deutschland, vom Rhein bis zum Nienem.“ Aber das Volk begriffe, daß es nicht die höchste Ehre sei, Wache zu stehen, sondern voran zu marschiren in der Freiheit und Intelligenz. Er forderte, daß die Volkspartei mit den Sozial-Demokraten gehen solle, wie diese mit ihr; sie solle öffentlich anerkennen, daß die Forderungen der Arbeiter, welche durch die Kapitalmacht gedrückt sind, gerecht seien. Schließlich erklärt er sich für das Programm Jakobyns, weil in dasselbe die Sätze aufgenommen

feien: Theilnahme Aller am Wohlstande, gerechte Vertheilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit. Stimmt Ihr mit uns überein, so könnt Ihr Alles von uns haben, auch unser Blut."

Diese Rede wurde mit einem unbeschreiblichen Jubel aufgenommen, so daß man sich mitten in einem Orkane zu befinden glaubte. Die Wogen der Bewegung stiegen am höchsten, als Oberwinder den Namen „Lasalle" aussprach. Während die Preußenfreunde sich freuten, äußerte er, daß ein ihnen gehässiges Werk ohne ihr geringstes Zutun kaum im Keimen auch schon erstickt werden dürfte, schwelgten die Arbeiter in den 48er Genüssen der hochtönenden und darum vielleicht so viel mißverständlichen Worte: Gleichheit, Brüderlichkeit, allgemeines Menschthum, Menschenliebe und europäische Sozialdemokratie, worunter die Worte „Krieg und Revolution" wie Brandfackeln aufloderten.

„Ich bin Europäer und kein Deutscher, rief der Arbeiter Pfeiffer unter großem Beifall, folglich bin ich gegen Norddeutschland und gegen Süddeutschland. . . . Der Haß gegen das Unrecht ist unser Gebet. (Langdauernde Unterbrechung, Sturm; Rufe: Redefreiheit.) Die Sprache ist nicht geboren, sondern nur anerzogen, es giebt keine Deutschen, Ungarn, Czechen, Franzosen, nur Menschen." (Mit Beifall überschüttet.)

Als endlich Brückhaver die Versammlung mit „Arbeiter" ansprach und ihm allerwärts entgegenschallte „Bürger", so forderte er die Arbeiter auf, den Saal zu verlassen, was jedoch auf den Wink ihrer Führer von den Tribünen herab nicht geschah.

Von nun an schien sich die Menge besänftigen zu wollen und nur noch einmal hatten die Preußenfreunde das Vergnügen, laut einem gewissen Masafidel zujohlen zu können, der da erklärte: Preußen sei das einende Element Deutschlands — und da das Lied eine Lüge: „Das ganze Deutschland soll es sein, und Gott im Himmel schau darein", indem Gott im Himmel nicht darein geschaut, so möge man nun den Teufel aus dem tiefsten Höllenspfuhl ruhig gewähren lassen. (Für welchen Vergleich sein offenbarer Freund Graf Bismarck wohl sehr dankbar sein wird, insbesondere bei seiner tief kirchlichen Gesinnung.)

Nach sprachen Kolatschek und Mayer aus Stuttgart, welcher rief:

„Diese Stürme haben mir eine Zeit der Bewegung zurückgerufen, in der ich als junger Mann eintrat in den deutschen Freiheitskampf. Diese hochgehenden Wogen freuen mich, denn sie zeigen, daß die Bewegung hochaufschäumt und bis tief in die unterste Schichte des Volkes reicht. Wir sind nicht gekommen, um mit den Arbeitern Verträge zu schließen, sondern um das Banner deutscher Freiheit und Demokratie aufzurichten. Gerade die Volkspartei steht im innigsten Zusammenhange mit der europäischen Demokratie. Wir haben die Friedensliga in Genf gegründet. Wer war dort? Wir! (Ungeheurer Beifall.) Wir betteln bei Ihnen nicht um die Resolution, damit wir wie ein Schuppe mit einem Becher nach Hause kommen. (Ungeheure Heiterkeit.) Nach fünfmonatlicher Vereinsfreiheit gehen Sie doch über zur praktischen Thätigkeit, schaffen Sie etwas, damit Sie etwas heimbringen, nicht ich." (Allgemeiner Beifall.)

Zum Schluß kam Prof. Eckardt, dessen sympathische Worte viel zur Beschwichtigung der Gemüther beitrugen.

Die Resolutionen des Comité's wurden mit dem Amendement Oberwinder angenommen; Angerstein hatte das seine zu Gunsten Oberwinders zurückgezogen, und nun erfolgte die Wahl in das Comité, das in Folge der Annahme des Kolatschek'schen Antrages zusammentreten und seine organisirende Thätigkeit beginnen soll. Gewählt wurden: Dr. Kolatschek, Prof. Richter, Hartung (Arbeiter), Oberwinder (Arbeiterführer), Dr. Eduard Kopp (Präsident des dritten deutschen Bundeschießens), Steudel (Landtagsabgeordneter), Groß (Arbeiter) und Prof. Eckardt.

Mittlerweile war es halb Vier geworden, Kopp und Mayer wurden beispiellos warme Ovationen gebracht, und die Volksversammlung hatte geendet, in der seit dem Jahre 1848 außerösterreichische Deutsche in Wien zum ersten Male gesprochen. Möge daraus das erste, was wir so sehnlich wünschen: die „deutsche Volkspartei in Oesterreich". —

Eine Mahnung.

Nach der jüngst erfolgten Eroberung von Samarakan und Bokhara durch Rußland trennte nur noch eine schmale Landstrecke die Besitzungen dieses Staates in Centralasien von dem englischen Indien. Es schien damit der lang vorhergesehene Augenblick in die nächste Nähe gerückt, wo England und Rußland in Asien unvermeidlich auf einander ploßen müssen, und Großbritannien mit dem Schwerte in der Hand die Folgen jener Politik zu vertreten haben würde, welche gestattete, daß Rußland den Kaukasus unterjochte und Pologermalmen durfte. Doch Rußland ahmte das Beispiel Englands nach, welches aus Befürchtung, in der gegenwärtigen Krisis in einen Krieg mit Frankreich verwickelt zu werden und damit einen allgemeinen europäischen Brand zu entzünden, Abyssinien seinen Besitzungen nicht einverleibte, sondern damit begnügte, dort seinen Einfluß fortan als den maßgebenden zu wissen. Rußland gab das eroberte Land dem eingebornen Khan zurück, der nun natürlich nichts weiter ist als ein russischer Satrap. Wie die Zeitungen berichten, wurde das Kabinet von St. Petersburg zu dieser bisher unerhörten Großthatigkeit durch die „jungrussische Partei" bestimmt, welche von keinen weiteren Annexionen in Asien etwas wissen wollte, da sie mehr kosten, als sie einbringen, und die Partei alle Kraft des Reichs auf die Annexion „slawischer Gebiete" wendet sehen will.

Das „junge Rußland" ist jene Nationalpartei, welche in allen Dingen von Haß gegen Deutschland erfüllt ist und von der Welt Herrschaft des doppelköpfigen Adlers träumt. Diese Partei hat ihre Agenten überall in Europa, und von ihnen geht ohne Zweifel jene Zeitungsnotiz aus, die darauf berechnet ist, die Czchen in ihren wahnsinnigen Bestrebungen zu ermahnen und England zu beruhigen. Lüge und Wahrheit stehen in jener Notiz dicht neben einander, und die Lüge ist an die Adresse von Großbritannien gerichtet.

Es mag zur Zeit wahr sein, daß die asiatischen Eroberungen Rußlands weniger einbringen, als sie kosten; aber schon jetzt geht ein äußerst beträchtlicher Theil des dortigen Handels, der sonst durch türkische Karawanen nach Konstantinopel und über Indien auf englischen Schiffen seinen Weg nach Europa nahm, durch russische Kanäle nach dem schwarzen Meere und der Ostsee. Mit der Vertreibung der Engländer aus Indien würde der ganze unermessliche Reichtum des Orients Rußlands zufallen, die goldene Hauptader Englands unterbunden sein und dieser Staat von der Höhe seiner Macht herabgestürzt werden. Diese Vortheile, welche die russische Regierung schon in dem ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts deutlich erkannt, und denen sie unablässig nachgestrebt hat, sind denn doch so in die Augen springend, daß sie selbst noch größere Kosten, als die russischen Expeditionen in Centralasien verursacht haben, rechtfertigen würden. Die „jungrussische Partei" weiß so gut wie alle Welt, daß von der Beherrschung Asiens die angestrebte Weltmacht Rußlands abhängt.

So viel steht jedenfalls fest, daß Rußland den entscheidenden Schlag in Asien nicht gegen England führen kann, solange ihm nicht im Westen der Rücken gedeckt ist. England

Der Arbeitertag in Nürnberg und die national-liberale Partei.

hat gegen seine indischen Unterthanen zu große Sünden auf dem Gewissen, als daß es nicht mit Recht befürchten müßte, diese im geeigneten Augenblicke durch russische Machinationen und russisches Gold gegen sich aufgewiegelt zu sehen. Irland beweist, daß alle solche Sünden eines Tages von der Vergeltung ereilt werden, und an einen erfolgreichen Widerstand gegen Rußland wäre daher in Indien nicht zu denken. Aber die Wiederherstellung Polens würde jeden Stoß Rußlands auf den Osten unmöglich machen. Bei dem gegenwärtigen Stande der europäischen Politik, wo Oesterreich und Frankreich durch Preußen und Rußland bedroht sind, würde England unfehlbar im Verbande mit jenen Mächten mit der Wiederherstellung Polens auf die Einverleibung von Bokhara und Samarkand geantwortet haben. Daher muß England in eine trügerische Sicherheit gewiegt werden, als verzichtete die maßgebende Partei Rußlands auf weitere Eroberungen in Asien. Wie Rußland mit der Vernichtung Polens wartete, bis der Kaukasus erobert war, so macht es jetzt in Centralasien Halt, bis mit der Annexion der Tschechen, Serben und Rumänen, welche zugleich der vorletzte Schritt zur Vernichtung der Türkei wäre, die Slaven-Schutzmauer im Westen geschlossen und die Wiederherstellung Polens eine eitle Drohung geworden ist.

Das ist die wahre Bedeutung jener unerhörten Enthaltensameit, welche Rußland in Samarkand gezeigt hat. Wird England sich dadurch einschläfern lassen? Wird Oesterreich, welches in seinem Bestande durch die Agitation Rußlands in Böhmen bedroht ist, während Preußen gleichfalls nur auf den Moment lauert, wo es nachholen kann, was es 1866 nicht vollenden konnte, wird Oesterreich nicht endlich erkennen, daß die Wiederherstellung Polens eine Maßregel von unabwendbarer Nothwendigkeit ist?

Unbegreiflich aber ist die Verblendung jener slavischen Stämme, auf welche Rußland spekulirt, vor allem der Tschechen, die alle vor Begierde brennen, von den Fängen des zweiköpfigen Adlers umkrallt zu werden. Das Geschick der Polen, denen Sprache, Nationalität, Literatur, Glauben genommen ist, warnet sie nicht. Selbst unter einander dürfen die Polen nicht mehr ihre Muttersprache reden. Sie wird bloß noch im häuslichen Umgange mit der nächsten Familie gestattet, nämlich, wie ein Umlaufschreiben des Statthalters Potapoff aus Wilna vom 9. Juli d. J. erklärt, zwischen Mann und Weib, zwischen Eltern und Kindern, aber bloß und allein im häuslichen Raum. An allen öffentlichen Orten, in der Kirche, auf der Straße, in Hotels, Birthshäusern, Comptoirs, Zuckerbäckereien, Kaffeehäusern, Restaurationen, Weinhandlungen, Bierhallen, Spazierorten, Gärten, in allen Läden, Druckereien, photographischen Anstalten, und im Allgemeinen an allen Orten, wo das Publikum sich versammeln oder eintreten darf, ist sie bei schwerer Strafe verboten. Auch ist nicht gestattet, in Privathäusern, in einer Versammlung von mehr als 2 Personen, polnisch zu reden. — Kein Anzeichen deutet darauf hin, daß die Tschechen, die Niemand in ihrer Eigenart bedroht, und die noch immer die Antwort auf die Frage schuldig geblieben sind, worüber sie sich denn zu beklagen haben, durch jenen drakonisch befolgten Ukas stuzig geworden wären. Bilden sie sich ein, daß das „heilige“ Rußland anders mit ihnen umspringen werde, als mit den unglücklichen Polen?

„Irrthum, laß los der Augen Band!

Und merkt euch, wie der Teufel spaßt.“

Noch hat sich der Zorn und der Unmuth in den national-liberalen Gemüthern ob des Verlaufs des deutschen Schützenfestes in Wien nicht gelegt, da kommt schon wieder von einer andern Seite ein neuer Anlaß des Aergernisses. Der nächste Arbeitertag in Nürnberg und das dort vom Borort vorzuliegende Programm ist es, das die Partei in nicht gelinde Aufregung versetzt. Man hatte bis dato einen Theil der Arbeiter-Vereine so hübsch gegängelt, bei Wahlen, Versammlungen und dergl. benützt, es war alles so recht „gemüthlich“, da kommt dieser „vom demokratischen Geist zerfressene Borort“ (um mit Herrn Stögner in Nürnberg zu reden) und verlangt, daß die Vereine endlich die Gemüthsduferei fahren lassen, ein scharf gefaßtes demokratisches Programm als Richtschnur annehmen und darnach künftig natürlich auch energisch handeln sollen. Das war zu viel. Man hatte bisher, wenn auch innerlich knirschend dazu geschwiegen, daß man Bebel voriges Jahr in Gera zum Präsidenten und damit Leipzig zum Borort gewählt, — jetzt lief das Maaß des Unwillens über. Eine Anzahl national liberaler Zeitungsschreiber in Nürnberg, Dresden, Gera, Chemnitz und Leipzig eröffneten den Krieg, indem sie in der Parteipresse gegen den Präsidenten, den Borort und die Volkspartei, die man hinter den Plänen des Bororts vermutet, loszuschlagen und fleißig bezten, verläumdeten und denuncirten. Die Rollen sind folgendermaßen vertheilt: Herr Rögner als Redakteur des bairischen „Fortschritt“ in Nürnberg, versorgt die national-liberale Presse Baierns mit seinen, gerade keinen Ueberfluß an Logik verrathenden Correspondenzen, Herr K. Wartenburg (der achtundvierziger Demokrat) leitetartikelt unter der Rubrik „Aus Thüringen“ in der „Deutschen Allg. Zeitung“ und den „Chemnitzer Nachrichten“. Seine Artikel werden auf den Wink des Herrn Biedermann (Leipzig) in den kleinen Local-Moniteurs der Provinz (Glauchauer Tageblatt, Grimmitzshauer Anzeiger, Zwickauer Wochenblatt u. s. w.) abgedruckt. Herr K. Badewitz endlich — auch dieser Edle darf ja nicht fehlen — versorgt von Dresden aus, wo er in stiller Zurückgezogenheit lebt, mit seinen Geisteserzeugnissen fast alle größeren reaktionären und national-liberalen Organe Deutschlands, eingeschlossen die obengenannten Local-Moniteurs. Nordd. Allg. Zeit., Organ Bismarcks, Boffische Zeitung, alte Badische Landeszeitung, schwäbischer Merkur, merkwürdigerweise auch das großdeutsche Frankfurter Journal u. s. w. nehmen seine Erzeugnisse unter der Bezeichnung „Aus Dresden“ oder „Aus Sachsen schreibt man uns“ an und verkünden: sie der staunenden Welt. Eine gegen den Präsidenten, den Borort oder die Volkspartei in jenen Blättern enthaltene Notiz macht dann die Kunde durch die gesammte national-liberale Presse und dem harmlosen Leser schaudert natürlich die Haut ob dieser verruchten, „von den Ultramontanen und dem Hiezinger Hof“ bezahlten Demokratie. Mit der Wahrheit wie mit der Logik wird es dabei nicht so genau genommen, nur recht geschimpft, recht verleumdet und recht Ungeheuerliches hinausgeschendet in die Welt, das ist die Hauptsache. Stellt sich dann später auch das Behauptete als Lüge heraus, was schadet das, etwas bleibt doch davon hängen und weiter hat's keinen Zweck. Die eignen Anhänger und Genossen werden dabei natürlich gehörig herausgeschrien, ihr „Bohlwollen“ und das „warme Herz“ für die Arbeiter gebührend gelobt und angepriesen. Ein Beispiel möge genügen: In Nr. 185 des „Glauchauer Tageblatts“ schreibt unter dem Zeichen  Dresden, Herr Badewitz, der Ehrenmann, unter anderm auch über die Wiener Volksversammlung, die er natürlich gar nicht gesehen, folgendes:

„Von der zu Wien abgehaltenen Volksversammlung hört man ganz curiose Dinge. Die Arbeiter machten auf derselben ganz entschieden Front gegen die welfisch-demokratischen Führer der „Volkspartei“, die Herren Erbert aus Hessen, Freese aus Schleswig-Holstein und Mayer aus Stuttgart, und erklärten durch ihre Redner unzweideutig, daß sie von dem politischen Programm dieser Partei, die bekanntlich bei uns in Sachen von den Herren Prof. Buttke, Bebel, Liebknecht, Schrapz u. vertreten wird, gar nichts halten, sondern nur allein die Befreiung ihrer Lage im Auge behalten wollen. Daß sie dabei in der Wahl der Mittel, wenn sie von einer europäischen und dergleichen Verbindung der Arbeiter sprechen, über das Ziel, das sie sich gesetzt haben, hinaus-schießen, ist allein Schuld derjenigen Volksversammler der genannten Partei, welche sie bisher mit roßigen Hoffnungen fütterten und den festen Boden unter ihren Füßen vergeßen ließen. In dieser Beziehung können wir nicht genug unseren Arbeitern die von Karl Wartenburg in Gera geschriebenen und warm gefühlten Artikel in den „Chemn. Nachr.“ Nr. 181 und 182 empfehlen. Sie zeigen, wozu das Treiben dieser „Volkspartei“ führt.“

Herr Badewitz möge sich trösten, die „welfisch-demokratische Volkspartei“ hat keine Ursache, über den Ausgang jener Versammlung sich zu ärgern. Die beiden ersten Resolutionen gegen die Gewaltpolitik Preußens im Jahre 1866 und die Hinausstoßung Oesterreichs aus Deutschland sind unter allgemeiner Zustimmung der Arbeiter angenommen worden, und wenn letztere den dritten Punkt änderten und statt „Volkspartei“ „europäische Sozial-Demokratie“ setzten, so mag man darüber streiten können, ob es in diesem Falle angemessen war, die weitestgehende Forderung aufzustellen — zu verurtheilen war diese Forderung jedoch keineswegs. Was verstanden denn in Wien unter „europäischer Sozial-Demokratie“ die Arbeiter? Unserer Meinung nach nichts anderes als den großen Bund der „Internationalen Arbeiter-Association“. Da aber die „welfisch-demokratischen Führer“ Liebknecht, Bebel u. s. w. selbst Mitglieder dieser Verbindung sind, letzterer sogar das Programm der Internationalen Arbeiter-Association dem Arbeitertag empfehlen will, so fällt also dieser ganze künstliche Gegensatz zwischen Arbeitern und „Volkspartei“ damit ins Wasser. Hoffentlich gibt diese Auseinandersetzung Herrn Badewitz Gelegenheit zu einigen Denunciations-Artikeln. Wohl bekommen's ihm. Die von ihm empfohlenen „warm gefühlten“ Artikel des Herrn Karl Wartenburg in Gera in den „Chemn. Nachrichten“ haben wir zu unserm lebhaftesten Bedauern nicht gelesen, weil wir das Blatt nicht halten; und der Redakteur Herr Starke hat sicher in dem Bewußtsein, daß bei uns Hopfen und Malz verloren, die betr. Nummern uns nicht zugesandt, wie das an andere Vereine geschehen ist. Wir müssen also warten bis uns ein andrer Freund, der glücklicher war als wir, eine Kritik schickt, was hoffentlich für nächste Nummer geschieht.

Dagegen haben wir ein anderes Erzeugniß des Herrn K. Wartenburg vor uns, dessen „Wärmegrad“ wir mit ein paar Worten untersuchen wollen. Die Nr. 184 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift: „Die Arbeitervereine und die Volkspartei“ einen Artikel „aus Thüringen.“ In der Einleitung wird aufgezählt was alles für Vereine sich gegen ein Programm erklärt; dann heißt es wörtlich weiter:

„Die Arbeiter sagen sich ganz richtig, daß der Norddeutsche Bund, welcher ihnen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegeben, welcher ein allgemeines Staatsbürgerrecht geschaffen und die Freizügigkeit eingeführt, welcher die polizeilichen Gehindernisse und die Paß-quälerei abgeschafft hat, in der kurzen Zeit seines Bestehens unendlich mehr für die Arbeiterinteressen dadurch gethan als jenes Kleinstaaten-thums, zu dessen Gunsten doch schließlich alle diese Volkspartei-Agitationen hinauslaufen.“

Also zu Gunsten des „Kleinstaaten-thums“ laufen die Volkspartei-Agitationen hinaus, behauptet Herr Wartenburg. Wir setzen bereits die Feder an, um diese lügenhafte Behauptung ad absurdum zu führen, da fiel unser Blick einige Zeilen tiefer in demselben Artikel, und wir fanden unsere Mühe

überflüssig, indem Herr Wartenburg mit seiner bekannten Schlaubeit sich selber den Strick um den Hals gelegt und seine Behauptung vielleicht aus „allzuwarmen Gefühl“ widerrufen hat. Zu der 9. Zeile heißt es nämlich wörtlich weiter:

„Es widerspricht dem praktischen Sinne der weitaus großen Mehrzahl der Arbeiter, den phantastischen Plänen und Absichten der Volkspartei sich anzuschließen, zu deren Verwirklichung nichts Geringeres gehört als der vollständige Zusammenbruch nicht nur der Verfassungsformen Europa's, sondern auch eine gänzliche Veränderung der europäischen staatlichen Rechtsverhältnisse.“

Also erst behauptet Herr Wartenburg zu Gunsten des „Kleinstaaten-thums“ läuft die Volkspartei-Agitation hinaus und dann plötzlich läßt er sie „nicht nur auf einen vollständigen Zusammenbruch der Verfassungsformen Europa's, sondern auch auf eine gänzliche Veränderung der europäischen Rechtsverhältnisse“ hinauslaufen. Und solchen Unsinn, solchen Widerspruch läßt Herr Wartenburg in demselben Athem den Arbeitern, wo er den „praktischen Sinn“ der großen Mehrzahl lobt. Ja wohl, Herr Wartenburg, „praktisch“ sind die Arbeiter, das werden Sie in Nürnberg erfahren, darauf verlassen Sie sich! Die Arbeiter können ziemlich viel ertragen, aber solcher „Kohl“ ist ihnen denn doch zu mager.

In derselben Nummer der „D. Allg. Ztg.“ wird „aus Chemnitz“, von Herrn Starke, dem Red. der Chemnitzer Nachrichten, mit einigen Zuthaten versehen, eine Notiz des Frankfurter Journals aus Dresden (Verfasser Herr Badewitz) reproducirt, wonach der dortige, der Frankfurter und der Glauchauer Verein gegen die Zulassung eines politischen Programms sich erklären werden.

Nachdem bei der Wahl im Chemnitzer Verein der demokratische Vorsitzende, Herr Schelle, dem national-liberalen Herrn Red. Starke gegenüber unterlegen ist, rechnen wir allerdings nicht auf die Zustimmung des Chemnitzer Vereins, ebensowenig auf den Frankfurter, wo Herr Pilz (der Agent des Hans Blum) an der Spitze steht; im Glauchauer dagegen steht's mit dem National-Liberalismus wackelig, denn ist ein Theil der Arbeiter von der Volkspartei „corumpirt“ und hält der Gegenpartei die Wage. Vielleicht holt man ähnlich wie in Fürth die 25—30 Bourgeois, Fabrikanten und Kaufleute, die sich dort seiner Zeit, wir glauben es war bei der Reichstagswahl, als Mitglieder „zur Unterstützung des Vereins“ hatten einschreiben lassen, zu Hülfe um die Demokratie zu besiegen; hoffentlich werden dann unsere dortigen Freunde mit der Veröffentlichung der Thatsache und der Namen nicht hinter dem Berge halten. Mit diesen Vereinen dürfte die Liste der national-liberalen Arbeiter-Vereine Sachsens erschöpfend sein, alle übrigen sind demokratisch, und von diesen erwarten wir, daß sie ihre Kräfte aufs äußerste anspannen, um selbstständige Deputirte nach Nürnberg schicken zu können, denn es gilt einen Kampf und ein Ziel der größten Opfer wert. Der Sieg ist der demokratischen Sache in Nürnberg sicher, es kommt nur darauf an, ihn möglichst fruchtbringend zu machen.

Programm der Internationalen Arbeiter-Association.

(Schluß.)

Wenn die mittelalterliche Weltanschauung in frommem Ernst und Consequenz die Verantwortlichkeit für die Ungerechtigkeiten zeitweiliger Zustände einer göttlichen Anordnung ganz zuschob, dies in Inconsequenz und Heuchelei von der modernen, offiziell gepflegten Weltanschauung heute theilweise geschieht, so machen wir dagegen die Menschheit für alle Gebrechen und Ungerechtigkeiten der gesellschaftlichen Zustände ganz allein verantwortlich.

London, den 10. August.

Darum beruht unsere Moral nicht auf Glauben, sondern auf Wissen, nicht auf Gnade, sondern auf Selbsthilfe, nicht bloß auf Unterlassung des Bösen, sondern auf Schaffung des Guten.

Wir erkennen keine zweifache Lebensaufgabe, eine für das Leibliche und eine andere für das geistige Wohl — „das Seelenheil“ — sondern nur die, vom Standpunkt der Wissenschaft gerechtfertigte Einheit aller menschlichen Lebensregungen an.

Wir trennen nicht die soziale von der politischen Frage, nicht die Gesellschaft vom Staate, sondern fassen sie in einen und denselben Gedanken zusammen, der das Wesen des Menschen ganz erfüllt und in seiner Ausführung die Bedürfnisse des Leibes, Geistes und Gemüthes harmonisch befriedigt, zu kraftvollem Schwunge erhabenster Gesinnung werththätiger Religiosität zur höheren „Poesie des Lebens“ befähigt.

Wir wissen, daß durch die Reibung der Gegensätze das Licht der Wahrheit entzündet und dem Entwicklungsprozesse der Weltgeschichte Energie und Gebährungsstoff verliehen wird. Für uns ist der Weg der Kulturgeschichte der Weg aus dem Reiche der Finsterniß (Hölle), der Unwissenheit und Rohheit, des Irrthums und der Bosheit in das Reich des Lichts (Himmel), der Wissenschaft und Bildung, der Erkenntniß und Liebe.

Wir werden tolerant sein, ändern Meinungen nur die Kraft der Wahrheit entgegenstellen; denn wir wollen überzeugen und nicht zwingen, belehren und nicht behörden, demokratisieren und nicht demagogisieren, wollen moralisieren und disziplinieren, durch selbstständige Gesamterkenntniß zu innigem Gemeinverständniß, durch Gesamtwille zur Gemeinthat gelangen; wollen durch die Selbstthätigkeit Aller, — wo Jeder nach Kraft und Befähigung seinen Platz findet, ein passendes Bruchstück zum großen Ganzen zu liefern — den künftigen Zuständen in Form und Inhalt den Stempel des Gleichgewichts und der Harmonie aller geistigen und materiellen Schöpfungen aufgedrückt wissen.

Dies kann jedoch nur geschehen, wo der durch Wahrnehmung der Thatsachen in Ursprung und Wirkung erwachsende Gedanke, zugleich der ideale Zielpunkt unserer Kultur, mit den Interessen der unterdrückten Klassen und dem Bedürfnisse hochherziger und opferwilliger Menschen in Uebereinstimmung steht. Was wir unter einem leitenden Gedanken des Geschichtsganges, die Zustände umgestaltenden Zeitgeiste verstehen, kann die Erfindung und das Eigenthum dieses oder jenen Kopfes, sondern nur die Schöpfung und das Gemeingut zeitweiliger Generationen sein, um, wie es selbst aus überliefertem Material geschöpft, als vermehrtes und veredeltes Werk das Erbtheil kommender Geschlechter, also wiederum eine weitere Staffel zu immer höheren Kulturzuständen zu werden.

Wir werden keine alleinigmachende Weltbeglückungssysteme aufstellen, keine fertigen Universalerlösungsmittel in Vorkriegsbahn bringen, sondern immer nur thatsächlichen Entwicklungen die Bahn beleuchten, bestehende Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen und so die Kulturgeschichte, wie es stets geschieht, ihren Verus durch sich selbst erfüllen lassen.

Freilich muß erst der veraltete Geist abgestorben, müssen die Zwingburgen in Trümmer gefallen und die Schuttbänke wegeräumt sein, ehe der Neubau endgültig geplant und thatsächlich in Angriff genommen werden kann.

Und obwohl unser Gang ein friedlicher, so werden wir dennoch, wo uns brutale Gewalt in den Weg tritt, nicht bei den eisernen Waffen stehen bleiben und immer und überall den Rath geben, Weihwedel und Rosenwasser entgegen zu werfen.

Die Nationale Arbeiter-Union der Vereinigten Staaten hat ihre Wahlkonferenz gehalten, und die Bedingungen, unter welchen sie für den einen oder den andern von den alten Parteien vorgeschlagenen Präsidentschafts-Kandidaten stimmen will, festgestellt. Der erste Beschluß der Konferenz erklärt, daß die producirende Klasse: Ackerbauer, Bergleute, Handarbeiter, Kopfarbeiter, den wichtigsten Theil aller Gemeinwesen bilden; daß dagegen die Vertheiler der Produktion, die Finanz- und Staatsmänner sammt der ihnen zur Verfügung stehenden Civil- und Militärgewalt von untergeordneter Wichtigkeit und ein Ausfluß der producirenden Klasse sind. In Betreff der Staatsschuld verlangt die Konferenz, daß jede Regierungsanleihe, bei deren Kontrahierung die Rückzahlung in Gold nicht ausdrücklich zur Bedingung gemacht worden, in Staatskassenscheinen bezahlt, oder gegen drei Prozent Zinsen tragende Obligationen ausgetauscht werden soll. Sie verlangt ferner, daß die Noten der National-Banken der Zirkulation entzogen und durch Staatskassenscheine ersetzt werden. Diese Forderungen sind aufgestellt im Gegensatz zu den vielfachen Versuchen der Börsenwölfe, den zu schlechten Bedingungen kontrahirten Kriegsanleihen durch Vertilgung des Staatspapiergeldes vollen Goldwerth zu verschaffen. Die Konferenz verlangt ferner gleichmäßige Besteuerung jeder Art von Eigenthum nach seinem wirklichen Werthe.

Öffentliche Ländereien sollen unter keinerlei Vorwand abgetreten werden, ausgenommen in kleinen Quantitäten an die wirklichen Bebauer.

Die Staatsbeamten werden aufgefordert, das Achtstunden-Gesetz überall durchzusetzen. Die mit der heutigen Frauenarbeit verbundenen Mißbräuche werden als eine Schmach und Schande der Civilisation charakterisirt, und die Weiber aufgefordert sich den Gewerbe-Vereinen der männlichen Arbeiter anzuschließen.

Die zwei letzten Beschlüsse lauten: „Wir fordern die industriellen Klassen auf, in jedem Kongreß oder Staaten-District diese Grundsätze öffentlich zu verbreiten, und Niemand, sei es für den Kongreß, für eine Staaten-Gesetzgebung oder irgend ein anderes Amt seine Stimme zu geben, der sich nicht völlig verpflichtet dieselben zu unterstützen“.

„Wir empfehlen dem Volke der ganzen Union überall Massenversammlungen zu halten um die hier erwähnten Grundsätze der Nationalen Arbeiter-Union zu bestätigen und nur für diejenigen Kandidaten zu stimmen, welche sie annehmen. Werden diese Grundsätze nicht von einem der Kandidaten der zwei großen Parteien angenommen — es kümmert uns nicht, von welchem — so rathen wir, daß der Jahreskongreß der Nationalen Arbeiter-Union, der sich am 3. September in New-York versammeln wird, einen eigenen Arbeiter-Kandidaten für die Präsidentschaft ernennet und die große Masse zu seiner Unterstützung auffordert“. Diese Plattform (Programm) enthält in wenigen Zeilen eine vollständige Kriegserklärung gegen die bürgerliche Gesellschaft und alle ihre Anhängsel, in dem Lande wo keine feudalen Hindernisse zu beseitigen waren, wo keine verjährten Rechte den bürgerlichen Fortschritt gestört, und die Segen bringenden Wirkungen der bürgerlichen Produktion für die Gesamtbevölkerung gehemmt haben. Das erste, was die germanischen Barbaren thaten, als sie festen Fuß faßten im alten römischen Reiche, war durch Gesetze zu bestimmen, daß sie den besten und unentbehrlichsten Theil der Bevölkerung bildeten. Sie bildeten den unentbehrlichsten Theil der damaligen Bevölkerung, sie wa-

ren die Regeneratoren der damaligen Menschheit, die Träger einer neuen Gesellschaft. Die freche Behauptung Ludwigs XIV. „ich bin der Staat“ wurde beantwortet durch die Gegenbehauptung, welche der bürgerlichen Revolution als Motto diente „der dritte Stand ist Alles, Adel und Klerisei sind Nichts“. Der Kapitalist von heute behauptet mit derselben Frechheit, wie ehemals der französische König „ich bin der Staat“; die amerikanische Arbeiter-Union erklärt dagegen: „Wir Arbeiter bilden den wichtigsten Theil der Bevölkerung, Ihr seid nur die Schmarogerpflanzen.“

Die Newyorker Maurer halten Stand. Noch sind ihre eignen Mittel nicht erschöpft, und von den verbrüdernten Gesellschaften der übrigen Lokalitäten stehen ihnen 31,000 Dollars zur Verfügung.

Der englische Wahlkampf wird ernst, aber nur zwischen den Konservativen und Liberalen, die Arbeiter sind Null. Die Konservativen heulen: Die Staatskirche und der Thron! Die Liberalen: Abschaffung der irischen Staatskirche und Bervollkommnung der Reformbill von 1867! Gladstone hat seine erste Wahlrede gehalten und erklärt, daß es von den Wählern des ganzen Königreichs abhängt, ob das nächste Parlament seine Aufgabe erfüllen werde oder nicht. Disraeli erklärte vor einigen Tagen, daß unter den vorhandenen Umständen der Zustand Irlands befriedigend sei. Diese Erklärung hat Gladstone „mit Erstaunen erfüllt“, es gebe nichts Unbefriedigenderes als der Zustand Irlands. Die permanente jährliche Vermehrung der Staatskosten (nach seiner Meinung eine unnöthige Vermehrung) schiebt er dem gegenwärtigen Ministerium in die Schuhe. Aber hatten nicht die Liberalen die Majorität und war er nicht der Führer der Liberalen? Auch proklamirt er die Unzulänglichkeit der Reformbill von 1867, aber von Arbeiterverhältnissen oder Wahlkosten sagt er kein Wort. Bis jetzt sind nur zwei wirkliche Arbeiter-Kandidaten im Felde: ein Schriftsetzer, Hartwell, jetzt Redakteur des „Beehive“, für einen Londoner Distrikt und Odger, ein Londoner Schuhmacher für Stafford. In London sind drei Kandidaten, die sich weigern Geld für ihre Wahl auszugeben. Stuart Mill, Thomas Hughes und Edmund Beales. Beales ist der Präsident der Reform Liga, als solcher ein Vertrauensmann der Arbeiter. Als radikalster aller radikalen Bürger weiß er in seiner Wahl-Adresse weiter nichts über die Arbeiterverhältnisse zu sagen, als das Glück und die Zufriedenheit der Millionen zu sichern, welche die wirkliche Quelle und Stütze des nationalen Wohlstandes und der nationalen Macht sind. Er erbiethet sich „behülflich zu sein, die scheinbar entgegengesetzten aber in Wirklichkeit gemeinsamen Interessen der Arbeit und des Kapitals mit einander zu versöhnen“. Verbesserung der Armen-Verwaltung schlägt er als Mittel vor; aber sind es nicht die großen Eigenthümer, welche dieselbe kontrolliren? Er sagt: „in einem Lande, das so erstaunlich wohlhabend ist wie das unsrige, sollte nie ein fleißiger ehrlicher Arbeiter ohne Arbeit und angemessenen Lohn sein“. Entweder sind diese Ausdrücke unüberlegte fromme Wünsche, oder Kapital und Arbeit sind unveröhnliche Feinde. Der Kapitalist, der jährlich 50,000 Pfd. St. bezieht, muß ein anderes Interesse haben als der Arbeiter, der in Folge einer Maschinen-Erfindung zum Pauper wird.

Aus Thüringen schreibt man uns noch kurz vor Schluss des Blattes: „In der am 2. d. M. abgehaltenen Jahresversammlung des im August v. J. in Eisenach gegründeten Wahlvereins für Thüringen wurde beschlossen:

„Zur Ausbreitung des Vereins sollen in verschiedenen Theilen Thüringens von Zeit zu Zeit Versammlungen abgehalten werden.“

In Betreff der sozialen Frage erklärte die Versammlung: „Der Verein erkennt es für seine Aufgabe die Bestrebungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nach Kräften zu unterstützen, aber nur insoweit sie die politische Freiheit als Grundbedingung zur Erreichung ihrer Ziele betrachten.“

Die Gründung eines eigenen Parteiorgans wurde beschlossen und der Vorstand beauftragt unter günstigen Verhältnissen den betr. Beschluß auszuführen.

Auf eine vom Hamburger demokratischen Vereine ergangene Anfrage erklärte die Versammlung

„Ihre Zustimmung zur Besetzung einer im Einverständnis mit den Süddeutschen zusammen zu berufenden Versammlung zur Organisation der gesammten deutschen Demokratie durch Abgeordnete des Thüringer Wahlvereins, mit dem Auftrage zur Berichterstattung an den Verein.“

Der General-Rath der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat beschlossen, dem nächsten Kongreß, welcher sich am 7. September in Brüssel versammeln wird, folgende Fragen zur Berathung vorzulegen:

- 1) Der Einfluß der Maschinen in den Händen der Kapitalisten.
- 2) Verminderung der Arbeitsstunden.
- 3) Das Privateigenthum in Grund und Boden.
- 4) Die Schulbildung der arbeitenden Klassen.
- 5) Die Etablierung von Kreditinstituten zur Beförderung und Erleichterung der Emanzipation der Arbeiterklasse.
- 6) Die geeignetsten Mittel zur Etablierung der genossenschaftlichen Produktion.

Bereine, deren Antwort auf die Fragen in Betreff des statistischen Berichts über den Zustand der Arbeiterklasse bereit sind, werden ersucht, dieselbe dem nächsten Kongreß vorzulegen.

Hermann Jung, Vorsitzender.

J. Georg Eccarius, General-Sekretär.

Vermischtes.

Der berühmte Historiker Niebuhr, dessen Andenken durch die Bonner Jubelfeier wiederum erneuert wird, macht bei der Erörterung der Frage, ob Kaiser Caligula wahnsinnig gewesen sei, die geschichtlich festgestellte Schlaflosigkeit desselben als entscheidenden Grund für die Annahme des Wahnsinns geltend. Auch eine anderweite Bemerkung Niebuhr's: „daß es zur Zeit des Caligula nichts in Rom gegeben habe, was einen woght thätigen, den Wahnsinn hemmenden Einfluß auf den Geist des Kaisers habe ausüben können“, wird der Beachtung nicht unwerth sein; der durchgeführte militärische Despotismus meint Niebuhr, und die Herrschaft der Prätorianer sowie die unwürdige Haltung des Senates seien nicht geeignet gewesen, dem Geiste des Unglücklichen reinigende und erhebende Einbrücke zu geben.